

09.01.2025

## PRESSEMITTEILUNG

### **Bundestagswahl 2025: Soziale Sicherung, mehr Wohnungen & Arbeitskräfte, weniger Bürokratie**

Diakonische Verbände formulieren politische Forderungen

***Drei diakonische und bundesweit tätige Verbände haben zentrale Forderungen für die Bundestagswahl 2025 formuliert. Es brauche soziale Sicherung, mehr bezahlbaren Wohnraum, deutliche Erleichterungen für die Gewinnung von Arbeitskräften und einen umfassenden Bürokratieabbau.***

Anlässlich des bevorstehenden Auftakts der heißen Wahlkampfphase haben sich der evangelische Bundesfachverband für Teilhabe (BeB), der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) und der Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD) gemeinsam positioniert. Sie sehen den kommenden Wahlkampf als Chance, die Themen Menschlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder ins Zentrum der politischen Agenda zu rücken.

Gemeinsam betonen sie die fundamentale Bedeutung von Werten wie Menschlichkeit, Nächstenliebe und sozialem Zusammenhalt, die aus dem christlichen Menschenbild hervorgehen. Für eine solidarische Gesellschaft sei es entscheidend, wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit miteinander zu verknüpfen. Gemeinsam vertreten die Verbände rund 30.000 gemeinnützige diakonische Einrichtungen mit etwa 600.000 Mitarbeitenden. **Ihre Botschaft: Politik muss Verantwortung übernehmen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen mit nachhaltigen und wertebasierten Lösungen zu meistern.**

#### **In Innovation investieren, Bürokratie-Checks etablieren**

So fordern die diakonischen Bundesverbände den Quereinstieg in die Sozialberufe zu erleichtern: Es gelte die Vorgaben anzupassen, um die Branche für Personen mit ähnlichen Qualifikationen zu öffnen. Darüber hinaus biete die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) das Potenzial, den Fachkräftemangel abzumildern. „Dafür braucht es Digitalisierungs- und Innovationsbudgets, um die dafür notwendigen Entwicklungen voranzutreiben“, so der VdDD-Vorstandsvorsitzende Dr. Ingo Habenicht. Zudem gelte es, die Bereiche Abrechnungs-, Dokumentations- und Vertragswesen bei Einstufungsprozessen und Antragsverfahren sowie das (doppelte) Prüfwesen systematisch in jedem Sozialgesetzbuch einem Bürokratie-Check zu unterziehen. Eine Ent-Bürokratisierung könnte auch dazu

führen, die Versorgung von Pflegebedürftigen stärker an den vor Ort vorhandenen Ressourcen und dem individuellen Bedarf auszurichten und die starre Versäulung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung aufzubrechen.

### **Wohnraummangel: Menschen mit Behinderung besonders betroffen**

Ein weiteres Problem, das von der künftigen Bundesregierung angegangen werden müsse, sei die Bekämpfung des Wohnraummangels: Laut BeB ist die Zahl der Sozialwohnungen mittlerweile auf ca. eine Million geschrumpft, während ca. 13 Millionen Menschen einen Anspruch darauf hätten. „Darüber hinaus besteht ein erheblicher Mangel an barrierefreien Wohnungen“, betont BeB-Vorstandsvorsitzender Pfarrer Frank Stefan. Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung seien daher vom Wohnraummangel in mehrfacher Weise betroffen. „Die Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus durch den Bund muss intensiviert und Förderprogramme eingeführt werden, um gezielt Wohnraum für Menschen mit Hilfebedarf zu schaffen“, so die Forderung.

### **Entlastung für die Pflege**

Aus Sicht der drei diakonischen Bundesverbände sind zudem grundlegende Änderungen nötig, um dem Personalmangel in der Pflege zu begegnen. „Wenn es nicht gelingt, die Arbeitsbelastung in der Pflege nachhaltig zu verringern, werden alle Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs und zur Gewinnung von Fachpersonal – auch aus dem Ausland – erfolglos sein“, so Wilfried Wesemann, Vorsitzender des DEVAP. Es brauche eine gute und ausfinanzierte Ausbildung sowie ergänzende kreative einrichtungsindividuelle Lösungen. „Dazu gehören flexible Arbeitszeiten, Dienstplansicherheit, eigenverantwortliches Handeln sowie eine partizipative und gesunde Führung.“ Wirksame Sofortmaßnahmen wären zudem die Umsetzung des Pflegekompetenzgesetzes sowie die Vereinheitlichung der Ausbildung von Pflegeassistenten. „Zudem muss das Anerkennungsverfahren für ausländisches Personal vereinfacht werden“, so Wesemann.

*Der **Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) e.V.** ist der größte evangelische Fachverband auf Bundesebene und vertritt über 1.950 stationäre Einrichtungen der Altenhilfe, über 1.400 ambulante gesundheits- und sozialpflegerische Dienste, mehr als 120 Pflegeschulen mit ca. 9.600 Ausbildungsplätzen sowie zahlreiche Altentagesstätten und Initiativen*

*Der **evangelische Bundesfachverband für Teilhabe (BeB)** für Teilhabe ist ein Zusammenschluss von rechtlich selbständigen (gemeinnützigen) Einrichtungen und Diensten der diakonischen Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie. Ihm gehören zurzeit bundesweit 287 Rechtsträger mit ca. 388 Teileinrichtungen an*

*Der **Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e.V. (VdDD)** vertritt als diakonischer Bundesverband die Interessen von rund 200 Mitgliedsunternehmen und Regionalverbänden mit rund 570.000 Beschäftigten. Schwerpunkte der Verbandsarbeit sind die Weiterentwicklung des kirchlich-diakonischen Tarif- und Arbeitsrechts, Themen aus Personalwirtschaft und -management sowie die unternehmerische Interessenvertretung.*

**Pressekontakte:**

**Anna Leonhardi**, Geschäftsführerin, DEVAP, Tel.: +49 30 83001-277, E-Mail: [info@devap.de](mailto:info@devap.de), [www.devap.de](http://www.devap.de)

**Sevinç Topal**, Pressereferent BeB, Tel.: +49 30 83001-274, E-Mail: [presse@beb-ev.de](mailto:presse@beb-ev.de), [www.beb-ev.de](http://www.beb-ev.de)

**Tobias-Benjamin Ottmar** Referent für Verbandskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, VdDD, Tel.: +49 30 88 47 170-13, E-Mail: [tobias.ottmar@v3d.de](mailto:tobias.ottmar@v3d.de), [www.v3d.de](http://www.v3d.de)